

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint 14tägig. Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Versandstelle des Verbandes finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Adolf-Hitler-Str. 30, IV, Aufg. B u. C. Ruf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8gespaltene Zeile 1 Mark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheck Leipzig 56 383. Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Adolf-Hitler-Straße 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonabend vormittags.

37. Jahrgang

Sonabend, den 20. Mai 1933

Nummer 19-20

An die Verbandsmitglieder!

Der Aktionsausschuß zum Schutze der deutschen Arbeit hat am Dienstag, dem 2. Mai, vormittags, die Häuser der freien Gewerkschaften im ganzen Reich besetzt. Zugleich wurden in den einzelnen Geschäftsstellen kommissarische Leiter eingesetzt und ein Teil Angestellter in vorübergehende Schutzhaft genommen. Unser Hauptbüro hat ebenfalls einen Kommissar erhalten. Der Vorsitzende Kollege Windler und der Schriftleiter Kollege Siebold sind ebenfalls in Schutzhaft genommen. Zweck der Besetzung ist der Gleichschaltungsprozeß sowie vor allem die Überprüfung unserer Geschäftsführung. Letztere Maßnahme ist besonders zu begrüßen, weil sie ergeben wird, daß unsere Geschäftsführung jede Kritik ertragen kann und geeignet ist, die hier und da auftretenden falschen Ansichten zu zerstören.

An dem Weiterbestehen und Weiterfunktionieren des Verbandes ändern diese Maßnahmen zunächst nichts. Die von den Kollegen Windler und Siebold ausgeführten Funktionen werden vertretungsweise von den übrigen Mitgliedern des Hauptvorstandes übernommen. Es sind bereits Maßnahmen getroffen, daß unser Verbandsorgan „Der Steinarbeiter“ regelmäßig weiter erscheint. Die aus den Ansichten der Mitglieder sich ergebenden finanziellen Verpflichtungen werden ebenfalls in jeder Hinsicht voll erfüllt. Allerdings mußte bis einschließend Donnerstag dieser Woche eine Sperre in der Überweisung angeforderter Gelder eintreten, die sich zur Durchführung der angeordneten Maßnahmen notwendig machte. Bis Ende dieser Woche wird dies jedoch behoben sein. Die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte erfordert andererseits treue Pflichterfüllung der Mitglieder. Die infolge der politischen Unklarheit in Mitgliederkreisen vorhandenen Schwankungen, die sich in kühlem Abwarten, Zurückhalten der Beiträge an die Hauptkasse (vom ersten Quartal sind bisher nur 50% der Abrechnungen eingegangen) und vorläufigen Einstellen der Beitragszahlung äußern, sind durch Maßnahmen der Ortsverwaltungen zu beheben. Wer Rechte genießen will, hat auch Pflichten zu erfüllen. Insbesondere sind die Kollegen auf die, sie selbst schädigenden Folgen einer etwaigen Fahnenflucht hinzuweisen. Hier ist vor allen Dingen in den Vordergrund zu stellen, daß Übertritte zur NSD., von der viele Kollegen glauben, daß sie gewerkschaftlichen Charakter trage, und die Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft erzeuge, irrig ist. Die NSD. will von sich aus nicht die Funktion einer Gewerkschaft erfüllen, sie will die Vertretung der NSD. in den Betrieben sein. Klärt deshalb die Kollegen entsprechend auf. Zu diesem Zweck geben wir Euch im Einverständnis mit der kommissarischen Leitung nachstehend das Rundschreiben der Kreisleitung der NSD. Emden Stadt, veröffentlicht in der Rhein-Ems-Zeitung vom 16. April, bekannt. Es besagt:

Der komm. Geschäftsführer
des Zentralverbandes der Steinarbeiter
gez. L. Ulrich.

„Die NSD. ist keine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der Gesetzesbestimmungen, kein Unterstützungsverein mit Satzungen und dergleichen mehr. Die Zielsetzung der NSD. ist eine ausgesprochen politische, sie kämpft genau wie die NSDAP. in ihrer Gesamtheit für eine wirkliche soziale Besserstellung des deutschen Arbeiters. Wir verlangen von den zu uns kommenden organisierten Arbeitern und Angestellten nicht, daß sie ihre Verbandsbücher vernichten und aus ihrer, ganz gleich wie benannten, Gewerkschaft austreten und damit langjährigen, schwer verdienten Anrechten und materiellen Vorteilen verlustig gehen. Ein solches Verlangen wäre unmenschlich und unverständlich. Wir fordern aber von jedem anständigen deutschen Arbeiter, der sich von dem guten Willen unserer nationalsozialistischen Bewegung überzeugt hat bzw. überzeugen will, außer seiner Gewerkschaft auch der NSD. beizutreten, um seinen aufrichtigen Willen am Wiederaufbau der deutschen Nation und damit an seinem eigenen Schicksal zu bekunden... Wir warnen nachdrücklich vor irgendwelchen Neubildungen von Gewerkschaften oder von Beitritten zu irgendwelchen Splitter-Gewerkschaften; beispielsweise der Stahlhelm-Selbsthilfe und ähnlichen Gruppen, deren Daseinsberechtigung heute nicht mehr zu beweisen ist und deren Vorhandensein bzw. weiterer Ausbau direkt den Interessen der Arbeitnehmerschaft entgegen steht; indem einmal bei Eintritt in diese Gruppen die vollständige Trennung von den freien Gewerkschaften und damit die Aufgaben aller oben genannten schwer erworbenen Anrechte und materiellen Vorteile verlangt wird, zum andern dem schwerwiegendsten Grund, damit einer weiteren Zersplitterung der Arbeitnehmerschaft Tür und Tor geöffnet und so gerade das Gegenteil von dem erstrebenswerten Ziel des Arbeiters erreicht wird.“

Aus diesem Rundschreiben ergibt sich eindeutig und klar, daß die NSD. die Gewerkschaften nicht zerschlagen, sondern weiter ausbauen will. Jeder Hand- und Kopfarbeiter muß daher seiner zuständigen Berufsorganisation angeschlossen sein. Das gilt auch für die bisher Unorganisierten. Auch diese haben sich der Gesamtheit einzuordnen und beizutragen zu dem großen gemeinsamen Ziel, das sich die Gewerkschaften seit jeher gesetzt haben. Das große Werk kann nur erfüllt werden durch Leistung und Gegenleistung unter der Flagge des neuen Deutschlands. Die Mitglieder dienen sich daher nur selbst, wenn sie in unwandelbarer Treue zu ihrer Gewerkschaft stehen. Darüber hinaus dienen sie dem gesamten deutschen Volk und seiner Wirtschaft.

lauf der Feierlichkeiten. Der Rundfunk war den ganzen Tag in den Dienst der Sache gestellt worden. Durch diese eigenartigen Propagandamöglichkeiten wurde die Tatsache verwirklicht, daß die Reden und Darbietungen nicht nur von den unmittelbar beteiligten und von den im ganzen Reich versammelten Festteilnehmern, sondern auch von denen, die zu Hause geblieben waren, verfolgt werden konnte. Man muß es der gegenwärtigen Regierung lassen, daß sie wie keine andere es versteht, Massenwirkungen zu erzielen und bestimmte Dinge bis an den letzten Deutschen heranzubringen. Daß die Mairfeier sich in Deutschland von den früheren nicht nur durch die genannten Umstände unterschied, ersieht man auch dadurch, daß Leute wie Fritz Thyssen, der bekannte rheinische Großindustrielle, und Herr Krupp von

Böhlen-Halbach, als Festredner auftraten. Jedenfalls bleibt eine so aufgezogene Feier nicht ohne Nachwirkungen.

Der Höhepunkt des Tages war die Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler. Sie wurde durch den Rundfunk auf alle deutschen Sender übertragen und war auf allen öffentlichen Plätzen Deutschlands zu hören. Das Leitmotiv der Rede des Kanzlers war die Parole von der Überwindung des Klassenkampfes und die Herbeiführung der Einheit und Einigkeit der Nation. Er stellte die These auf, daß jeder Deutsche sich in der großen Volksgemeinschaft wohl fühlen müsse und könne. Die vorhandenen Gegensätze müßten sich einordnen in den größeren, übergeordneten Organismus der Nation. Als Motto hatte er die Worte gewählt, die übrigens in allen Straßen auf Plakaten und Transparenten zu lesen waren: Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter! Damit kann sich naturgemäß jeder einverstanden erklären. Die Handarbeit war zweifellos in Deutschland in Verruf gekommen. Ein Arbeiter zu sein, war ein erniedrigendes Gefühl. Jeder Ladeneigentümer oder Federführer dünkte sich erhaben über den Mann in der Arbeitsbluse. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung den Arbeiter in dieser Form zu Ehren bringt, dann findet sie die größte Zustimmung.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt zahlreiche Stimmen zur nationalen Mairfeier. Die bekannte

Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau

Der Reichskanzler Adolf Hitler hat im Rahmen seiner großen Rede auf der Maikundgebung in Berlin die Arbeitsbeschaffung für den Straßenbau als eines der vornehmsten Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Belebung der Wirtschaft in den Mittelpunkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung gestellt. Der Straßenbau ist in vollem Umfange von jeher schon eine der gesamten Wirtschaft des Volkes dienende Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewesen. Der Kraftwagenverkehr, der die Transport- und Verteilungsverhältnisse völlig umgestaltet, vergrößert diese Aufgabe in besonderem Maße. Zwischen der Straße und dem Kraftwagenverkehr bestanden bisher immer Dissonanzen. Dem ungestümen Aufstieg des Kraftwagenverkehrs konnte der Ausbau der Straßen nicht folgen. Die Entwicklung des Kraftwagenverkehrs ging bis in die letzte Zeit immer aufwärts, während der Straßenbau sich in durch die Wirtschaftskrise bedingter, rückläufiger Bewegung befand und in den letzten Jahren fast ganz zum Erliegen kam. Die Folge dieses sinnlosen und auf die Dauer von der Wirtschaft untragbaren Zustandes war die große Arbeitslosigkeit der Arbeiter des Straßenbaugewerbes und der Wegebaustoffindustrie. Wir begrüßen die junge Tatkraft, die aus der Ankündigung der Durchführung dieses Straßenbauprogramms spricht. Verhehlen uns aber keinesfalls die Schwierigkeiten, die sich aus den Problemen des Straßenbaues technisch, finanziell und verwaltungswirtschaftlich ergeben. Wenn wir aber zurückblicken, welche Arbeit auf dem Papier bisher geleistet worden ist, wie große und kleine Geister mit Mitteln nicht sparten, das deutsche Straßen- und Verkehrsproblem zur Lösung zu bringen, wie Studiengesellschaften die technischen und finanziellen Probleme der Straße und des Straßenbaues zur Überfülle behandelten, ohne daß bis jetzt die Praxis einen Profit daraus gezogen hat, dann lernen wir die Größe der Aufgabe ahnen.

Das deutsche Landstraßennetz, die Stadt- und Gemeindestraßen, die in den Nachkriegsjahren wohl zum Teil eine Erneuerung erfahren, die aber wegen des Mangels der Mittel zu pflegerischer Unterhaltung angeht, des sich steigenden Kraftwagenverkehrs in den Krisenjahren das Geschaffene wieder verkommen ließen, müssen um des Funktionierens der Wirtschaft unbedingt wieder instand gesetzt werden. Allzu lange ist gewartet worden, allzu lange ist dem Verfall der Straßen zugehört worden. Fast keines der umfangreichen Straßenbauprogramme, die Länder, Provinzen, Kreise, Städte und Gemeinden in der größten Mannigfaltigkeit aufgestellt haben, ist reiflos zur Durchführung gekommen. Alle verschwanden sie mehr oder weniger schnell mit dem Anbruch der großen Wirtschaftskrise. Ziffern und Zahlen zu nennen, in denen sich die finanziellen Erfordernisse für die Durchführung des Straßenbauprogramms der Reichsregierung wider spiegeln, ist jetzt noch nicht möglich. Aber wenn man den finanziellen Notwendigkeiten des von der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau vor einigen Jahren aufgestellten Plan zum Ausbau der deutschen Landstraßen nachgeht, wurden damals schon allein für diesen Zweck Milliardenbeträge genannt. Was die Vertreter des Straßenbaugewerbes und der Wegebaustoffindustrie in zahlreichen Eingaben von den Wegebaupflichtigen, von Reich, Ländern, Provinzen und Kreisen for-

Sozialpolitikerin, Dr. Elisabeth Lüders äußert u. a. folgendermaßen:

„Dem Fest von heute muß das Werk von morgen folgen. Wenn der Grundstein einen Sinn haben soll, muß ein Haus auf ihm stehen. Wenn das „Fest der Arbeit“ Symbol und Spiegelbild nationalen und sozialen Lebens sein soll, dann kann nur eine von Grund auf gewandelte Gesinnung das Haus der Arbeit bauen — denn in diesem Hause ist kein Platz für Herren und Knechte. — In einem solchen Hause können nur Menschen bauen, die die Verwirklichung ihrer politischen Idee in dem alle umfassenden, lebendigen, gleichberechtigten und gleichverpflichteten freien Staatsbürgertum des ganzen Volkes sehen. Baut ein anderer Geist dieses Haus, dann werden unter dem Druck der Gegengewichte in der politischen Entwicklung auch seine Grundmauern früher oder später durch neue innenpolitische und soziale Krisen wieder erschüttert werden. Das Haus der Arbeit kann nur auf der Idee der Freiheit und der Gleichberechtigung errichtet werden, an der alle gleichermaßen Anteil haben: Starke und Schwache, Reiche und Arme, Männer und Frauen, im Dienste des Ganzen. Das Haus der Arbeit kann nur ein Haus der Freiheit sein, denn wir wollen ein Volk voll Stolz und Würde des einzelnen, in voller Mitverantwortung aller für das gemeinsame Schicksal sein, weil nur ein solches Volk seine nationale Freiheit erringen kann.“

dernten, schnelles Zupacken im Interesse der Wirtschaft, das muß jetzt zur Tat werden.

Vor allen ist bei dem neuen Straßenbauprogramm zu begrüßen, daß das Reich im Mittelpunkt der Anregungen für den Straßenbau steht. Wer Zeuge des Gezänks war, als das Reich früher versuchte, sich auslaggebend in die Notwendigkeiten des Straßenbaues einzulegen, wie bei dieser Gelegenheit die partikularistischen Instinkte und das Pochen auf die Straßenhoheit des engen Kreises große Linien immer wieder nicht aufkommen ließen, der wird jetzt den Dingen mit anderen Augen gegenübersehen. Die 64000 Behörden, die in Deutschland bisher den Straßenbau beeinflussten, und nicht immer im Sinne des weiten Horizontes, werden durch die Initiative des Reiches sich in die Notwendigkeiten der Gesamtheit einordnen und den allgemeinen Verkehrs- und Straßenbauforderungen dienen müssen. Denn es ist ja ein Unding, daß der nivellierende Kraftwagenverkehr vor den vermeintlichen Straßenhoheitsrechten der kleinsten Gemeinden halt machen würde. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo auch das deutsche Straßen- und Wegerecht einheitliche Gestalt erfahren muß und die jahrhundertlang konföderierten Straßenrechtsbarrieren beseitigt werden müssen. Das Reich, das jetzt die Mittel zu dem Straßenbau bereitstellen will, hat dadurch schon die Möglichkeit auch die Hindernisse zu beseitigen, die der Ausführung des großen Planes entgegenstehen.

Wir wissen nicht, ob bei der Durchführung des großen Milliardenplanes für die Durchführung des Straßenbaues sich der Kampf der Straßenbeschäftigten wieder in den Vordergrund drängen wird. Dieser Kampf um die wirtschaftlichste, verkehrssicherste und dauerhafteste und damit billigste Straßendecke, angepaßt den jeweiligen Verkehrsstärken der Straße, ist entschieden. Das Naturpflaster in der Form des Groß- und Kleinpflasters hält allen Verkehrsbelastungen stand, erfüllt die Anforderungen des Kraftwagenverkehrs auf Verkehrssicherheit in vollem Maße und steht hygienisch den geschlossenen Straßendecken in keinem Falle nach. Und das wesentlichste. Deutschland ist überreich an gutem und bestem Gesteinsmaterial, die Pflasterstein- und Schotterindustrie ist allen, auch den größten Aufträgen an Pflastersteinen gewachsen. Derselben stehen Facharbeitskräfte in genau der ausreichenden Anzahl zur Verfügung, wie dem Stein- und Pflastergewerbe. Diese brachliegenden Arbeitskräfte wieder in die Produktion zu führen, ihnen und ihren Familien Brot und Lohn zu sichern, das ist die Aufgabe dieses von der Reichsregierung verkündeten Straßenbauprogramms. Zu lange haben die Arbeiter des Straßenbaugewerbes und der Wegebaustoffindustrie in über Arbeitslosigkeit gewartet, als sie die Durchführung dieses Programms nicht begrüßen würden.

Schweres Unglück im Steinbruch. Am 8. Mai 1933 ereignete sich im Steinbruch des Schotterwerkes Krebs in Fischhaus bei Passau ein schweres Unglück. Kurz nach Arbeitsbeginn lösten sich zirka 500 Kubikmeter Gesteinsmassen und stürzten auf die Bruchsohle. Kollege Michl Habender aus Trautenberg wurde getötet; drei Kollegen wurden schwer, einer leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht geklärt werden.

Die Mairfeier 1933

So eine Mairfeier hat Deutschland noch nie erlebt. Auch kein Land der Erde dürfte etwas dergleichen hervorgebracht haben. In Berlin wird die Zahl der Teilnehmer an der eigentlichen Feier auf dem Tempelhofer Feld eine Million betragen haben. In den einzelnen Städten zählten die Teilnehmer nach Hunderttausenden. Diese riesenhafte Beteiligung war nur möglich, daß der 1. Mai zum staatlichen Feiertag erklärt war und alle Arbeiter ruhten. Es kam noch hinzu, daß die staatlichen Nachmittage voll eingesetzt waren, um der Feier die nötige Würde zu geben. Ein herrliches Maiwetter begünstigte überdies den Ver-

Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat

Redaktion: Siehe auch „Steinarbeiter“ Nr. 18.

Es ist den Gewerkschaften und ihrer Stellung im öffentlichen Leben, ihrem Ansehen bei der Arbeiterschaft und ihren Arbeitsmethoden, dem Tarifverträge und der Schlichtung, die in diesen Jahren gleichfalls die Probe ihres Könnens bestand, zu danken, wenn Volk und Staat in jenen Tagen von sozialen Wirren mit unabsehbarer Folgeschwere bewahrt blieben. Wie hätten die Arbeiter Löhne und Gehälter mit der Häufigkeit, mit der es notwendig war, im Einzelvertrag mit jedem Arbeiter und Angestellten neu regeln können? Wie hätten sie die Neuregelung so zu treffen vermocht, daß die Arbeitnehmer sich vor dem Ansturm der Geldentwertung sicher gefühlt hätten? Ohne Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht, ohne das umfichtige, von den Gewerkschaften geleitete Wirken der jungen Institution der Betriebsräte, wäre in den Jahren der Inflation im Bereich des Arbeitsverhältnisses eine Unordnung und Ungewißheit eingetreten, die das industrielle Leben zum Erliegen geführt hätte.

Als aber die deutsche Währung und mit ihr die Basis der Lohnberechnung völlig zusammenbrach, als zum Schrecken der Inflation die Not massenhafter Arbeitslosigkeit trat, da war die Vermittlung nur aufzuhalten, die Lebensangst breiter Massen nur zu bannen durch die in der Erfahrung begründete Hoffnung des Kerns der Arbeiterschaft auf eine Neuordnung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften. Während der Staat die Währung stabilisierte, gaben die Gewerkschaften dem arbeitenden Volke neue Lebenszuversicht durch die Wiedererrichtung einer Lohnbasis. Und daß das Volk dem Versuch zur Stabilisierung der Währung mit Vertrauen folgte und das Experiment der Rentenmark glückte, ist nicht zuletzt auf das Beispiel zurückzuführen, das die Gewerkschaften dieser vertrauensvollen Haltung des Volkes gaben, indem sie sofort ans Werk gingen, um nach dem neuen Gelde die neuen Löhne tarifvertraglich zu vereinbaren.

Bei der ausführlicheren Darlegung dieser Beispiele aus der Tätigkeit der Gewerkschaften in den letzten 14 Jahren will ich es bewenden lassen. Ich habe sie gewählt, habe an die Wirksamkeit der Gewerkschaften beim Abbruch des Krieges, beim Ruhrkampf und während der Inflation erinnert, weil diese Erinnerungen zeigen, daß sich die Gewerkschaften in den großen Lebenskrisen unseres Volkes stets als tragender Pfeiler des sozialen Gefüges bewährt haben. Der gleiche Beweis wird sich einst — dessen bin ich gewiß — auch für die gegenwärtige Krise führen lassen, mit dem Vorbehalt allerdings, daß ein gleiches Maß an Leistung für Volk und Staat den Gewerkschaften nur möglich ist, wenn Staat und Volk ihnen das gleiche Maß an Recht und Freiheit der Aktion, über das sie seither verfügten, zugestehen.

Aber selbst dem inneren Leben und intimeren Wirken der Gewerkschaften entspringen Leistungen für Volk und Staat. Die Gewerkschaften zahlen ihren Mitgliedern Unterhaltungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität. Ihre Beauftragten stehen den Arbeitern und Arbeiterinnen ratend und helfend zur Seite bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und dem Sozialversicherungsweien. Die Gewerkschaften sind bestrebt, die berufliche Ausbildung der Jugend des arbeitenden Volkes zu fördern, sowohl durch eigene Einrichtungen, wie durch anregende Ein-

flußnahme auf das berufliche Schulwesen und die Werkstattelehre. Sie unterstützen damit die Versorgung der Betriebsstätten mit qualifizierten Arbeitskräften. Allein im Jahre 1931 gaben die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände für Unterhaltungen 110 Millionen RM. für Presse- und Bildungszwecke 11,2 Millionen RM. aus. Zöge ich die Summe der Aufwendungen für diese Tätigkeit der Gewerkschaften in den 14 Jahren seit 1918, so könnte ich mit phantastisch hohen Zahlen aufwarten.

Aber diese Geldmittel, die durch die Kassen der Gewerkschaften fließen, bilden ja nur die äußere Gestalt des Systems der Gewerkschaften zu gegenseitiger solidarischer Hilfe unter der Arbeiterschaft. Sie sind lediglich das Leitungsnetz eines Stromkreises, in dem moralische Kräfte, die auch mit den größten Zahlen nicht hoch genug bemessen sind, ständig sich erneuern. Denn die Gewerkschaften umschließen mit dieser Tätigkeit, aus deren Gesamtgebiet ich nur einzelne Teile flüchtig erwähnte, das Leben des einzelnen Arbeiters in seiner Totalität, sie geleiten mit ihrem Wirken das Schicksal der Arbeiterklasse von Generation zu Generation. Sie geben damit dem wirtschaftlichen Schwachen, der vereinzelt in der Welt des wirtschaftlichen Wettkampfes hilflos dastand, Halt und Zuversicht; sie schufen der Masse, die arbeitslos vom Strom des geschichtlichen Lebens der Nation, nur als Objekt öffentlichen Geschehens, in den Industriequartieren verloren lebte, eine Heimat im Kreise des Berufs; sie ebneten damit den Pfad, auf dem der aus jeder Bindung an Boden und Tradition gelöste Proletarier, der besitzlose Bewohner dunkler großstädtischer Hinterhöfe, hinfinden konnte zur Heimat des Volkes. Die Gewerkschaften gestalteten sich für die Männer und Frauen des Arbeitsvolkes zu umhertenden Lebensstätten, von deren relativ sicherem Port aus sie Beziehungen zum kulturellen Leben der Nation aufzunehmen vermochten. Sie setzten Arbeitszeitverkürzungen durch und schufen in Gestalt größerer Freizeit Raum für die Pflege kultureller Interessen in der Arbeiterschaft. Durch Bibliotheken und Presse, durch Veranstaltungen jeglicher Art und von unennbarer Zahl, durch Vorträge, Konzerte, Theateraufführungen, erschlossen die Gewerkschaften der Arbeiterschaft den Zutritt zur Geisteswelt des deutschen Volkes. Die rührigsten Kräfte aus dem großen Kreise ihrer Mitglieder, die besten, die sich als tätige Menschen im Dienst ihrer Organisation bewährten, führen die Gewerkschaften durch eine besondere Schulung. Sie geben ihnen die Mittel des Wissens zur Erfüllung öffentlicher staatsbürgerlicher Pflichten, und durch die Entsendung in die Organe der sozialen Selbstverwaltung und in die Arbeitsgerichte sowie durch die Wahl zu Betriebsräten stellen sie ihnen Aufgaben, bei deren Durchführung sie sich als Sachwalter wirtschaftlichen Gutes und gemeinsamen öffentlichen Besitzes der Nation ebenso bewährt haben wie als Vertreter der besonderen Interessen ihrer Arbeitskollegen.

Jedoch nicht allein durch dieses System der Auslese und Ausbildung ihrer Funktionäre, sondern durch die Gesamtheit ihres Wirkens in einem halben Jahrhundert, durch die Entwicklung und Pflege ihrer eigenen Geisteswelt schufen die Gewerkschaften eine Schule der Verantwortung, die ein Volk, das sich seiner Souveränität bewußt und über die Voraussetzungen zur wirklichen Wahrung seines Rechts auf Selbstbestimmung im klaren ist, mit stolzer Genugtuung sein eigen nennen sollte.

Gewerkschaft und Technik

Von zwei gleichgeschalteten Volkskräften.

Seit jenen verflochtenen Zeitaltern, in welchen der Mensch noch aus Steinen seine kümmerlichen Werkzeuge formte und mit der gewaltigen, furchtbaren Natur einen harten Kampf aufnehmen mußte, um seine elende Existenz zu fristen, seitdem hat die Menschheit einen weiten Weg zurückgelegt. Bei diesem vielleicht zehntausendjährigen Werdegang vollbrachte das Menschengeschlecht, besonders das deutsche, gewaltige Leistungen. Es hat an vielen Stellen den Boden urbar gemacht, die Sümpfe getrocknet, die Wälder ausgerodet. Laufende von Straßen durchziehen das Land, durchbohren die Berge und überspannen die Ströme. Die Lokomotive pfeift in wilden Gebirgschluchten. Die Flüsse sind schiffbar geworden, die Küsten wurden ausgelotet und sorgfältig vermessen, so daß sie in künstlich angelegten Häfen ein leichtes Landen gestatten. Tiefe Schächte durchstechen die Erde, ganze Labyrinth unterirdischer Gänge breiten sich überall aus, wo es Kohle zu fördern oder Erze zu graben gibt. Felsen werden gesprengt und zu Bauten aller Art verbraucht. Ein komplizierter Wirtschaftssystem ist entstanden. In allen Punkten, wo Straßen, Flüsse sich kreuzen oder Meere eng verlaufen, sind Großstädte und Riesenfabriken emporgewachsen. In ihren Mauern finden sich alle brauchbaren Erfindungen und technischen Schätze der Jahrtausende in kapitalistischer Form vor.

Diese unausgesetzte Häufung von Fortschritten in Kapitalwerten war nur mit Hilfe der allgewaltigen Technik möglich. Es gibt kaum ein Tätigkeitsfeld menschlicher Körper- und Geisteskräfte, das nicht irgendwie mit der Technik in Verbindung steht. Unauflöslich eng ist unser ganzes Leben mit technischen Dingen und Leistungen verknüpft. Die Technik hat unserer Lebensgestaltung und Lebenshaltung den Stempel aufgedrückt. Das deutsche Sechzigmillionenvolk misamt allen Fabriken, Handelshäusern, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden könnte nicht existieren, wenn die technischen Errungenschaften durch irgendein Riesenereignis von unserem Erdball verschwinden würden.

Technik bedeutet eine ordnende, ausführende Tätigkeit, die den Begriff all des Schaffens, welches auf handwerklicher oder mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlage Naturkräfte, Rohstoffe und Menschen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert und der Menschheit nutzbar macht.

Die Technik drängt zum Kollektivismus. Wir alle sind durch ihr einigendes Band um-

schlungen. In ihr fühlen wir unsere nationale Verbundenheit, erleben wir unser soziales Dasein. Die Technik zwingt alle in und an ihr Tätigen zum Schaffen im kollektivitätlichen Sinne. Obwohl sie dadurch den einzelnen Menschen zum Gliedwesen stempelt, ihn durch Arbeitsteilung und Spezialisierung in größere soziale Abhängigkeit bringt, bleibt ihr großer Gedanke doch soziale und nationale Humanität.

Die Technik der Neuzeit ermöglicht die Erhöhung des bisherigen Durchschnittes der Lebenshaltung durch vergrößerte Warenproduktion. Gegenüber dem Mittelalter werden heute zehntausendfach mehr Lebensgüter produziert. Dies ist ja gerade auch der Zweck der Technik und warum wir sie betreiben: Gewährleistung einer Lebenshaltung in verfeinerter und komplizierterer Art, als man sie bisher im Durchschnitt der konsumierenden Masse kannte. Gleichzeitig vermindert die Technik grobe Muskelarbeit und verhindert äußerste Ermüdung. Sie schützt das Leben der Volksgenossen, gestaltet es angenehmer, leichter. Diese Entlastung des arbeitenden Menschen dient dem allseitigen Schutz und Wohl des Menschen. Ein Lobgesang gebührt daher allen, die der Technik dienen. Seien es die Leute am Reißbrett, an der Maschine, am Schraubstock oder seien es die Leute vom Bau und Bergwerk, immer sind diese mit Fleiß und Schweiß schaffenden Arbeitsmenschen die besten Vorkämpfer für die Höherentwicklung des ganzen Volkes.

Leider wird dieses lebensbehaltende, vorwärtstreibende Wirken der Technik durch bestimmte geschichtlich gewordene Verhältnisse gehemmt und niedergehalten. Bergwerke und Fabriken, welche die Arbeit mehrerer Generationen präsentieren, gehören nur einigen Personen. Diese beschränken oft willkürlich die Ausbeute der Produktion. Durch Kartelle und Preisconventionen erzeugt man hohe Preise, Angebotsbeschränkung und hält dadurch die breite Volksmasse vom Segen der Technik zurück.

Ganze Armeen von Bergmännern verlangen nichts Sehnlicheres, als täglich Kohle zu fördern und an die zu versenden, die vor Kälte zittern. Sehr häufig sind diese Arbeitsarmeen aber durch finanzkapitalistische Manöver verhindert, mehr als drei Tage in der Woche zu arbeiten. Tausende von Webern und Bekleidungsarbeitern werden aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen in einer Zeit, wo eine große Zahl deutscher Menschen eine Kleidung trägt, die diesen Namen kaum verdient. Viele Hochöfen, tausende Maschinen aller Art bleiben außer Betrieb. Hinzu kommt eine oft

sehr geringe Entlohnung der schaffenden Menschen. Sie verhindert, daß die Lohnarbeitenden in genügendem Maße an den technischen Errungenschaften teilnehmen können. Intensiver kann der technische Fortschritt nie gehemmt werden.

Die Technik gestattet eine Beseitigung der Schwerarbeit, der Unfallgefahr und der gesundheitsschädigenden Arbeiten. Es ist erwiesen, daß fast jede Fabrik ebenso gesund, hygienisch einwandfrei und angenehm gemacht werden kann wie ein wissenschaftliches Laboratorium oder ein Krankenhaus. In einem geräumigen, gutgelüfteten, gutbelichteten Arbeitsplatz geht die Arbeit auch viel leichter vonstatten. Die großartige Maschinerie, technischen Hilfsmittel, Apparate und Instrumente, die alle Wunder aus „Tausendundeiner Nacht“ stark übertreffen, erlauben eine größtmögliche Produktion und den Wohlstand für alle Arbeitenden und die ganze Nation. Die Errungenschaften der Technik gestatten eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden und darunter. Sie erlauben weiter eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitsentlohnung bis auf den Stand, der zu einer menschenwürdigen, ausreichenden Bedürfnisbefriedigung erforderlich ist.

Leider finden wir aber heute im nationalen Wirtschaftsleben das Gegenteil. Die Betriebe sind oft schmugig und ungefund. Es mangelt an gesundheitswissenschaftlichen Einrichtungen, oft fehlen Schutzvorrichtungen. Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse werden kaum beachtet. Die manchmal übertriebene Arbeitsintensität und Verschwendung von menschlicher Arbeitsenergie sind weitere Zeichen für die Zurückdrängung technischer Vernunft durch ungerechte Gewinnbedürfnisse. Außerdem währt die Arbeitszeit noch immer viel zu lange, obwohl es Millionen Arbeitslose gibt.

Gegen alle diese Mißstände beruflich branchenmäßiger Natur versucht die Gewerkschaftsbewegung anzukämpfen. Als Gewerkschaft bezeichnet man eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitern, Angestellten oder Beamten, die, an den Warencharakter der Arbeitskraft anknüpfend, dieses Warengesetz für die Arbeitskraft einschränken und die entwürdigende Materialbewertung des arbeitenden Menschen aufheben will. Sie ist also eine freiwillig aufgebaute Organisation, deren Mitglieder aus einem Arbeitsfache oder einer Industrie stammen und auf Lohnkommen angewiesen sind. Die Gewerkschaft nimmt die Interessen dieses großen Menschenkreises wahr, indem sie versucht, ihn wirtschaftlich, sozial und kulturell innerhalb des heutigen deutschen Staates zu heben.

Die Gewerkschaft strebt danach, auf ihrem handwerklichen oder industriellen Gebiete technische Produktionskraft und volkswirtschaftliche Verbrauchsgröße in ein gutes Verhältnis zu bringen. Sie bekämpft darum allen Mißbrauch der Technik, möge er herkommen, woher er wolle. Die Gewerkschaften verlangen restlose Anwendung technischer Vernunft in Betrieb, Beruf und nationaler Wirtschaft.

Die Zeit der Maschinen- und Fabrikstürmung seitens der Arbeiterschaft ist schon ein Jahrhundert vorüber. Die Gewerkschaften erkennen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer weitgehenden technischen Rationalisierung an. Doch wollen sie, daß diese Ersetzung aller Arbeitsmethoden durch moderne Verfahren zum Nutzen des ganzen Volkes sei.

Die tapfere Haltung des deutschen Arbeitsvolkes in allen schweren Situationen und der darauffolgende wirtschaftliche sowie kulturelle Aufstieg ist nur eine Folge des technischen Fortschrittes innerhalb Deutschlands. Die Gewerkschaften haben deshalb jeden technischen Fortschritt begrüßt. Sie wollen aber gleichzeitig, daß durch dieses Vorwärts keinen Menschengruppen ein Schaden erwächst. Bei in solchen Fällen entsehender Arbeitslosigkeit muß den Opfern der Technik aus den neuen Vorteilen ausreichender Schutz gewährt werden.

Diese Absicht der Gewerkschaft ist im höchsten Sinne human und edel. Sie entsprechen dem Grade der heutigen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften. Durch den Triumph technischer Vernunft will die Gewerkschaft ihren Mitgliedern die Angst ums tägliche Brot abnehmen. Durch die Technik soll das deutsche Arbeitsvolk glücklich werden. Damit bahnt die Gewerkschaft der Technik den Weg zur sittlichen Größe und dem berufstätigen Volke den Weg zu sozialer Gerechtigkeit. (Chr. Ebhl.)

Das Steingrabmal

Eine wirtschaftspolitische Betrachtung.

Redaktion: Siehe auch „Steinarbeiter“ Nr. 17 und 18.

III.
Es darf hier auch nicht der aufkommende Kunststein in seiner Verwendung zu Grabmalen vergessen werden, dem die schon längere Zeit vorher in den Handel gebrachten schwarzen Glasplatten mit eingelassenen Inschriften ein „glänzendes“ Aussehen gaben. Ein vorerst weniger beachteter Umstand, der aber mit der Zeit einschneidende Bedeutung erhielt, sowohl für den Grabsteinmetzen wie auch für das Grabmalgewerbe überhaupt. Dieses erhielt Konkurrenz in den Vororten der Städte bis hinaus aufs flache Land durch den Kunststein. Fachkenntnisse des Steinmetzen waren ja überflüssig geworden, man konnte ja alles, selbst Natursteine, fertig beziehen und mit anscheinlichem Handelsgewinn verkaufen.

Hier muß noch etwas aus persönlicher Erfahrung eingeschaltet werden. Es ist der Handel mit den Grabfiguren aus karraischem Marmor sowie den „Blumenkreuzen“ usw. aus demselben Material; alles meist italienische Arbeit. Das war echte Handelsware. Der „Verbraucher“ konnte solches nur aus dritter Hand erstehen. Wir wissen noch von einem kapitalkräftigen Händler dieser Art, der in Italien gegen bar billig einkaufte; diese Bildhauerarbeiten dann in seinem „Atelier“ in andere Riffen umpackte und an die Grabsteingeschäfte sandte. Von diesen gelangten sie als deutsche Kunst zum Verkauf. Daß dabei das Mehrfache des ursprünglichen Preises erzielt wurde, versteht sich.

So ungefähr war die Lage im Grabmalgewerbe bei Ausbruch des Weltkrieges. Ein kurzer zusammenfassender Rückblick über die bis dahin vergangene Zeit zeigt uns schon einen erheblichen Rückgang der steinmetzmäßigen Arbeitsleistung der Grabsteinmetzen in den Städten durch den Handel mit Grabmalen. Dieser Handel ruft aber auch für die Zukunft, wie wir später noch sehen werden, eine Arbeitsverknappung für die Grabsteinmetzen der größeren Werke hervor. Denn der Lohnanteil durch steinmetzmäßige Bearbeitung, gemessen an dem Endkaufpreis für Grabmale, wird prozentual immer geringer. Der Zwischengewinn, die sog. Handelsspanne, übersteigt den Lohnanteil in einigen Fällen bis zum zehnfachen. Die Folgen können nicht ausbleiben.

Schon vor dem Krieg kamen Friedhöfs- und Grabmalordnungen in einigen Städten zur Anwendung, die, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, statt einer künstlichen Förderung des Grabmalwesens dem Grabmalgewerbe Schikanen und weitere Arbeitsverknappung brachten. Nach dem Krieg endlich hatte fast jede kleine wie große Gemeinde ihre eigene Grabmalordnung. Die meisten davon sind dem Grabsteinmetzen unverständlich, weil sie fast nur hindernd sind für die Fortentwicklung und Ausgestaltung der Grabmalerei. Der Kampf gegen dergleichen, das Grabmalgewerbe in seinen Beschäftigungsmöglichkeiten schädigende Grabmalordnungen, wurde von unserem Verband mit aller Schärfe geführt, worüber wir dauernd durch unseren „Steinarbeiter“ unterrichtet wurden. Denn zu einem guten Teil sind solche „Ordnungen“ mit schuld an unserer Arbeitslosigkeit. Es ist etwas sonderbarer Geschmack der Gartenarchitekten, die ja die Gestaltung der Friedhöfe beherrschen, der dem Grabmal jede Formung durch den Steinmetzen nehmen möchte. Die pflanzlichen Anlagen aber stützt man so zu, daß Heckenmauern mit Postamenten, Kugelaufsätzen und anderen Gebilden entstehen, die man früher aus Stein meißelte. Umgekehrte Welt! „Dem einen sin Uhl, ist dem annern sin Nachtigall“, sagt Reuter. Das muß aber bei der Ausgestaltung der Friedhöfe nicht der Fall sein, weil beide, die pflanzliche Anlage und auch das Grabmal, gleicherweise sich gegenseitig ergänzend, bei der Ausschmückung der Grabstellen wirken sollen. Am schlimmsten jedoch ist die Propaganda für die Findlinge, die man gerne in einem wahren Urwald aufstellen möchte. Sollten diese Findlinge mit zur Regel werden, dann: Ade, Grabmalerei! Unseren Altvordern, die eine Bearbeitung und dadurch mögliche künstlerische Formung des Natursteines noch nicht kannten, kann man die Aufstellung solcher Grabmale gewiß nicht verargen. (Schluß folgt.)

Deutschland und der 7. Internat. Straßenkongress

Der 7. Internationale Straßenkongress findet im Jahre 1934 in München statt. Auf Beschluß des letzten in Washington stattgefundenen Kongresses ist Deutschland mit der Durchführung des im Jahre 1934 stattfindenden 7. Internationalen Straßenkongresses betraut worden. Das ungeteilte Interesse, das bisher den Verhandlungsgegenständen der bisher stattgefundenen Interessen von Regierungen, Wirtschaftlern, Straßenbauingenieuren, Verkehrs- und Wirtschaftsinteressen und nicht zuletzt von den Arbeitern des Straßenbaugewerbes und der Wegebaustoffindustrie entgegengebracht wurde, läßt erwarten, daß angesichts des gewaltigen Aufstiegs des Kraftwagenverkehrs und der dominierenden Stellung der Straße im Verkehrsweien überhaupt auch die Arbeiten des Münchner Kongresses weitgehend und bestimmend für die Zukunft des Straßenbaues sein werden.

Die Hauptleitung der Gesellschaft für Internationale Straßenkongresse hat als Arbeitsgebiet des kommenden Münchner Straßenkongresses sechs Fragen zur Verhandlung gestellt. Und zwar:

1. Die seit dem Washingtoner Kongress in der Verwendung von Zement im Straßenbau erzielten Fortschritte. — Dabei sollen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und geeignete Maßnahmen gegen das Schlupfriggwerden der Straßendecken behandelt werden.
2. Fortschritte, die seit dem Washingtoner Kongress in der Aufbereitung und Verwendung von Leer, Bitumen und Emulsionen für den Bau und die Unterhaltung der Straßen erzielt worden sind.
3. Die Unternehmung der Möglichkeiten billiger Herstellung und Unterhaltung von Fahrbahndecken in den Städten wie auf dem Lande.
4. Feststellung geeigneter Maßnahmen für die

Berkehrssicherheit in der Stadt, auf dem Lande und an schienenähnlichen Wegübergängen.

5. Untersuchung der Beziehungen zwischen Fahrzeugverkehr und Fahrbahndecke im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit des Transports.

6. Welche Vorschriften sind gegenwärtig in Kraft über zulässige Gewichte von Fahrzeugen (Eigengewicht und Ladung). — Breite und Höhe der Fahrzeuge und ihrer Ladung. — Länge der Fahrzeuge und ihrer Ladung. — Kritische Betrachtung der Vor- und Nachteile dieser Vorschriften. — Empfiehlt es sich, die internationale Vereinheitlichung dieser Vorschriften anzustreben und welches müßten gegebenenfalls die Grundlagen einer solchen Vereinheitlichung sein?

Der deutsche Ausschuss der Internationalen Straßenkongresse ist sich in einer Sitzung vom 14. April zu der Aufstellung der deutschen Berichte zu den vorstehenden Verhandlungsthemen des 7. Kongresses dahin schlüssig geworden, für die Durchführung der schriftlichen Bearbeitung je einen Sachverständigen zu bestimmen, welcher Mitarbeiter zur Bearbeitung der Fragen heranzuziehen kann. Es sind als Sachverständige gewählt worden: Landesoberbaurat Müller-Münster, Magistratsoberbaurat Löschmann-Berlin, Oberregierungsbaurath Ertl-Weilheim, Präsident Paetsch-Berlin, Oberbaurat Nagel-Braunschweig, Ministerialrat a. D. von Schenk-Berlin. Die Klärung dieser von dem Internationalen Straßenbaukongress zu behandelnden Fragen wird wiederum, da alle Kulturländer sich um die Klärung dieser Fragen bemühen, ein Kompendium des Standes des Straßenbaues und des Verkehrs ergeben, deren Nutzenwendung nach den gegebenen Verhältnissen jedem Lande offen steht.

Aus dem unterfränkischen Muschelkalkgebiet

In „Die Frankenwarte“, Blätter für Heimatkunde, die als Beilage des Würzburger General-Anzeiger erscheint, hat am 16. März A. Maier einen, geologisch wie beruflich, sehr beachtlichen Aufsatz veröffentlicht über das unterfränkische Muschelkalkgebiet, den wir im vollen Wortlaut wiedergeben:

Das Muschelkalkgebiet ist ein flachwelliges, bis 320 Meter hohes, von Tälern durchschnittenes Gelände, welches sich zwischen den Waldgebirgen des Spessarts und der Rhön ausdehnt. Durch den eingeleagerten Schiefer, Schieferfurner und Grabfeldgale erfährt der einheitliche Landschaftscharakter die angenehmste Belebung.

Die Altersschätzungen der Erde bewegen sich zwischen 1 Million und 10 Millionen Jahren. Wie die Geologie, spricht die Erdgeschichte von einer Ur-, Alten, Mittleren und Neuen Zeit. Das Mittelalter, die sogen. mesozoische Zeit, hat als älteste Formation die Trias. In deren mittleren Periode, genauer im mittleren Glied des Systems, bedeckte ein Salzmeer das besprochene „Land“. Die Bodenverhältnisse waren schwankend, infolge der südlichen Hebungen (Alpen erst Tertiar), die das nördliche Meer zu einem abgeschlossenen Lagunenmeer umschufen. Die Meeresküste befand sich damals ungefähr in der Linie: Ellwangen — Dinkelsbühl — Ansbach. Dieses Binnenmeer lagerte die Schalen abgestorbener Weichtiere, crinoiden namentlich, ab, die sich verfestigten und den unteren und Wellenkalk (wegen seiner Wellen und Furchen auf den Schichtflächen) in einer Mächtigkeit von 60 bis 100 Meter erzeugten. Er besteht aus Kalkschiefer, Kalkmergel und kristallinischen Schaumkalkbänken. Den Wellenkalk überdecken dünnere Schichten unteren Anhydrits, über den sich riesige Salzmenge aufstiegen. Anschließend folgen nach oben schwächeres Dolomitgestein, Tone und der gewaltige 50—90 Meter dicke Hauptanhydrit. Er ist arm an Verfeinerungen (Leitfähigkeit), weil Tiere in der Salzsee nicht leben konnten. Im wesentlichen besteht er aus Mergelschiefer, Gelbkalken, bitumenhaltigen oder Stinkkalken und Stein Salz. Dieser mittlere Muschelkalk ist weniger hart und widerstandsfähig. Überdeckt werden die Steinmassen teilweise von Dolomit, den der obere Muschelkalk mit seinen Gliedern: unterer, mittlerer Hauptmuschelkalk bis zur Erdoberfläche in einer Stärke bis 100 Meter abschließt. Der Hauptmuschelkalk besitzt eine Dicke von ungefähr 40 Meter und hat neben links- bis brotlaibchen-großen Kalkmergel Schiefer und vor allem Quaderbänke. Er ist weicher, hellgrau-bläulich, glänzend, porös, druckfest und dient dem Bau- und Bildhauergewerbe. Hauptverbreitungsgebiet ist bei Würzburg, Rothenburg und Markt. Im östlichen Teil der Muschelkalkplatte liegt dem Muschelkalk noch Lettenkeuper auf, der den fruchtbaren Boden der Gawe bildet.

Das Muschelkalk ganz wenig Wasser führt, und dieses in einer Härte bis 50 Grad, z. B. Würzburg-Heidingsfeld; Tiefenwasser aus den Klüften haben Kleinrindersfeld, Rist, Güntersleben, Gerbrunn, Rottendorf; nördlich: Werneck, Oberndorf, Schweinfurt, Ritzingen, Haffurt, ist bekannt. Der Gau hat das Lettenkeuperwasser zur Verfügung (15—20 Grad Härte).

Nach dieser notwendigen Einleitung betrachten wir den

Betrieb eines Steinbruches

in guter Zeit. Unter der Leitung des Schachtmeisters stehen die Erdarbeiter und Steinbrecher. Die Erdschichten werden abgeräumt, bis der Felsen nackt liegt. Pickel und Schaufel dienen hierzu. Hin und wieder tönt eine Hupe in drei ängstlichen Warnungssignalen, die befehlen: Achtung, Sprengung großer Erdmassen durch Ammonit! Auf wertlos gewordene, nebengelegene Plätze bringen Muldenkipper, die elektrisch gezogen werden, den Abraum oder Schutt. Tote Brühe füllt man mit ihm auf. Hart unter dem Abraum stößt man auf die sogen. Schale, die teils unbrauchbares Gestein, teils durch Sprengung zerkernte Mauersteine (Kalkbruchsteine geheißen) zweiter Güte liefert. Dann beginnt der eigentliche Felsen in verschiedener Lagerung: 1. Die bis 1 Meter dicken porösen Platten werden für Bauzwecke, die geringe Forderungen

stellen, verwendet. Meist folgt 2. eine Blaubank schicht von durchschnittlich 25 Zentimeter, und 3. der Kernstein zwischen 50 Zentimeter und 1.50 Meter Stärke. Aus beiden letzteren gewinnt man die wertvollsten Produkte durch Schleifen und Polieren (unterfränkischer Marmor). Diese 3 Schichten sind durch Lager, d. s. haardünne Zwischenräume, die vielfach Wasser enthalten, verbunden. Gelegentlich frieren die im Winter, beträchtlichen Schäden verursachend, auf. Zwecks Abbau der einzelnen Felsenschichten werden die Lager aufgekheit, wird der Stein aufgewunden, auf Kugeln oder Walzen gelegt, angefeilt, durch Druckgewichte hochgeschlagen und mit der Kranzugswinde heraus an die Verarbeitungsstelle befördert. Der Schrotter nimmt ihn in Empfang. Nach vorgeschriebenem Maß wird das „Stück“ eingeteilt. Eine Rinne wird in den Stein gehauen, konische Bleche werden eingeseigt und wiederum Keile eingetrieben, bis der Block sich in der Rinne durchspaltet. Nun bekommt ihn der Bossierer mit seiner Zweispitze zur rechtwinkligen Maßbearbeitung, die unter Zugabe eines bestimmten Bruchzolls erfolgt. Nach Stunden schwerer Tätigkeit wird der vorgeschaffte Stein vorwärts in die Steinmehle transportiert. Bestäubt wie ein Mäler hat der neue „Teihaber“ zunächst nachzuprüfen, ob der Bossierer genauestens nach Vorschrift gehandelt hat. Sobald der Bossierer auf zwei Böcken aufgebänkt ist, richtet sich der Steinhauer Randschläger für die aufzubereitende Fläche, versieht den Stein und spitzt nach diesen Randschlägen die Fläche fein nach; das nennt man feingepolst. Mit der Zahnläche wird hierauf abgeflacht. Wenn derart der „Körper“ unter Werkzeug genommen wird, muß mit dem Stockhammer gestockt werden. Das Scharrieren scharriert die Fläche, so daß die Ansicht vollständig glatt ist. Dann wird erst nach Strich gerade oder schräg fertig scharriert. Eine von zart eingegrabenen Rillen überzogene Deck- usw. seite erfreut das Auge. Manchmal muß die grob gestockte Fläche mit dem feinen Stockhammer nachgestockt werden, wobei vorher die Kantenschläge nachgezogen werden. Die Bearbeitungsweise ist mit dem technischen Ausdruck: gestockte Ansichtsfäche mit Kantenschlag — belegt. — Große Betriebe haben noch Schleiferei, Poliererei, Bildhauerei und Sägerei eingebaut. Namentlich durch Mechanisierung der Einrichtungen wurde viel Arbeitslohn und Material eingespart. Die riesigen Schrot- oder Schuppenabfälle werden zur Straßenbeschotterung benutzt.

Um die 70 er Jahre vorigen Jahrhunderts hebt mit teilweise noch unvollkommenen Werkzeugen die Entdeckung und Ausbeutung der Steinbrüche systematisch an, erlebt um die Jahrhundertwende einen starken Aufschwung, als Weltfirmen (Frankfurt, Berlin, Langensalza) die in einheimischer Besitz befindlichen Brüche mitunter zu billigem Geld aufkaufen und erreicht in den Jahren 1926 bis 1930 ihren Höhepunkt. Roh- und Feinarbeiten des in seiner Härte mit Granit konkurrierenden unterfränkischen Muschelkalks werden in aller Welt, besonders Südamerika, im Nordland und im Binnenland (Rheinland, Norddeutschland) als ausgezeichnetes, dauerhaftes Massivmaterial abgesetzt. In unserer geldarmen Zeit liebt man die Imitation, den Schein und gebraucht nunmehr dünngefägte Platten für Verkleidungen, die massiven Stein vortäuschen sollen.

Nicht bloß an Sonntagen herrscht Ruhe in den Brüchen, manche sind jetzt verlassen, in vielen liegt herrliches Material und hart einer gnädigen Urständ, in anderen werken ein paar Männer, wo sonst bis 200 emfig „Pinkerpenke“ machten. Arbeits-, Lagerraum und Schenken stehen vereinsamt da. Dafür starren dich großaufgeschlagenen Auges Abraumhaufen wie Schanzen an, Steintrümmer reichen jah ins Tal, bergartig hochgetürmtes Geröllfeld mit zuweilen schwindeligen Steigen redet von Menschenfleiß und -schweiß. Ziegen krazeln oben herum und zupfen spärliches Gras, wo einst der Mensch aus Steinen Brot machte. — Eines läge im Interesse aller Stände, daß die schwer kämpfende und bedrängte unterfränkische Muschelkalkindustrie wieder wie Phönix sich aus der Asche erhebe und neues Leben aus den Ruinen erblühe. . . .

Was muß der Steinarbeiter vom neuen Reichspatentregister wissen?

(Nachdruck verboten.)

Seit kurzem ist die neue Gruppeneinteilung des Reichspatentamtes in Kraft getreten. Der enorme Fortschritt der Technik, der auch an der Steinindustrie nicht ohne tiefe Eingriffe vorübergegangen ist, hat eine stark verfeinerte Unterteilung der seitherigen Gruppenbildung erforderlich gemacht, ein Verlangen, das von allen Fachkreisen längst gestellt worden war, dessen Erfüllung jedoch mit Rücksicht auf die großen zu überwindenden Schwierigkeiten bis jetzt zurückgestellt werden mußte. Eine Kenntnis dieser außerordentlich einschneidenden Materie ist auch für alle Steinarbeiter, die Wert auf berufliche Weiterbildung legen, von allergrößtem Interesse, erhalten sie doch durch den auf diese Weise vermittelten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Technik sehr wertvolle Kenntnisse, die sie bei der Durchführung ihrer beruflichen Aufgaben immer verwerten können. Doppelt wertvoll sind solche Kenntnisse in einer Zeit großen Angebotes von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Bevorzugung qualitativ hochstehender Arbeitskräfte, so daß wir uns veranlaßt sehen, einen geschlossenen Überblick, der objektive Klarheit vermittelt, über das gesamte Fachgebiet an Hand des amtlichen Materials zu veröffentlichen.

Bis vor kurzem wurden sämtliche beim Reichspatentamt angemeldeten Patente in 89 Patentklassen eingeregistriert mit mehr als 48 Unterklassen, die wieder unterteilt waren in ungefähr 9700 Gruppen. Die seit kurzem in Kraft befindliche Einteilung sieht nunmehr insgesamt 19424 Gruppen vor, hat also mehr als eine Verdoppelung erfahren. Auch Steinarbeiter werden einschneidend von dieser Neueinteilung berührt. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die deutschen Patentklassen nach den Grundzügen der speziellen — nicht der allgemeinen oder vergleichenden — Technologie eingeteilt sind, daß also als Grundlage für die Klassenbildung nicht allgemeine wissenschaftliche oder technologische Kriterien gleicher Wirkungsweise, gleicher Konstruktion oder gleichen Verfahrens usw. dienen, sondern die in der praktischen Wirklichkeit vorhandenen Spezialgebiete. Hatte doch auch schon die Patentrechtsprechung seit langem den Grundsatze anerkannt, daß die Übertragung einer Einrichtung oder eines Verfahrens von einem technologischen Fachgebiet auf ein anderes eine patentfähige Erfindung sein könne. Deshalb werden auch allgemein technologische Gesichtspunkte bei der Einteilung nicht angewandt, denn sonst würde nur allzu häufig eine Überschneidung der einzelnen Fachgebiete eintreten und in den beteiligten Kreisen größte Verwirrung stiften. Die nunmehr getroffene Einteilung ermöglicht eine sachgemäße Orientierung über die gesamten jetzt einheitlich zusammengefaßten in Frage kommenden Spezialgebiete für Steinarbeiter auch ohne die Inanspruchnahme teurer sachverständiger Kräfte. Die Einteilung des Reichspatentamtes, an die wir uns im Nachfolgenden streng halten, erfolgt in Klassen, die in Gruppen und weiterhin in Untergruppen eingeteilt sind.

Alle patentierten Neuerungen, welche die Steinindustrie, also auch alle Steinarbeiter sehr interessieren, sind in der Klasse 80 der neuen Patentnomenklatur enthalten, die nach den seitherigen Erfahrungen des Reichspatentamtes entsprechend der außerordentlichen Mannigfaltigkeit der in Frage kommenden Erzeugnisse und Verfahren eine sehr weitgehende Untergliederung erfahren mußte. Erwähnt sei noch, daß in diese Klasse auch jene patentierten Neuerungen fallen, welche die Herstellung von Tonwaren, Kunststeinen und Kunststeinwaren, von Zement und Zementerzeugnissen u. dgl. betreffen. Es sind ferner in der Klasse 80 b jene Neuerungen enthalten, welche die Herstellung von Kalksandsteinen angehen, ferner Schleif- und Mühlsteine (Gruppen 10 und 11), die Herstellung von mehrschichtigen Steinen sowie Überzüge auf Steine (Gruppe 13). Stein Schleifmaschinen, die für die Steinindustrie, also auch für Steinarbeiter, ebenfalls sehr wichtig sind, fallen unter die Klasse 67 a, Gruppe 14, Neuerungen, welche die Oberflächenverzierung usw. für Steine betreffen, unter die Klasse 75 a. Für die eigentliche Steinbearbeitung jedoch ist eine eigene Klasse 80 d er-

richtet worden, die wir der außerordentlichen Bedeutung wegen nachfolgend geschlossen folgen lassen. Sie enthält alle Werkzeuge und sonstigen Vorrichtungen, welche die Steinbearbeitung als solche angehen.

1. Werkzeuge, Werkzeughalter und Werkstücktische zur Steinbearbeitung.
2. Bearbeitung von Edelsteinen: Spalten und Sägen.
3. Bearbeitung von Schiefer und Glimmer, Maschinen zur Herstellung von Schieferstiften.
4. Vorrichtungen zum Spalten oder Zerschneiden von Steinen.
5. Vorrichtungen zum Steinsägen: Kreis sägen, Kabelaugen, Sägegatter.
6. Profilsägevorrichtungen für Steine.
7. Zuführung und Aufbereitung des Schleifgutes.
8. Sägeblätter zur Steinbearbeitung.
9. Bohrvorrichtungen zur Steinbearbeitung und für optische Gläser und Einzelheiten dieser Vorrichtungen, auch Nachbohrmaschinen für Schleife.
10. Drehwerke zur Steinbearbeitung.
11. Maschinen und Vorrichtungen zum Behauen von Steinen.
12. Hobelmaschinen zur Steinbearbeitung.
13. Maschinen mit rollenden Messern zur Bearbeitung von Steinen, Plattenschneidervorrichtungen.
14. Fräsmaschinen zur Steinbearbeitung; Vorrichtungen und Maschinen zum Aufbereiten gebrauchter Bausteine.

Der Vollständigkeit halber müssen natürlich auch einige Neuerungen hier Erwähnung finden, welche die Steingewinnung betreffen. Sie finden sich in der Klasse 5 a. Hieraus seien erwähnt Neuerungen an Bohrern und Meißeln sowie sonstigen Geräten und Einrichtungen für Tiefbohrungen bei der Steingewinnung (Gruppen 20—41). Aus der Klasse 5 b seien noch als besonders wichtig hervorgehoben Gesteinsdrehbohrmaschinen mit Pressluft-, Dampf- oder Flüssigkeitsmotorantrieb (Gruppe 1), mit Handantrieb (Gruppe 2), mit elektromotorischem Antrieb (Gruppe 3), mittels Stößbohrmaschinen der verschiedensten Art (Gruppen 4—8), Pfeilbohrschäumer (Gruppe 9), Hammerbohrmaschinen (Gruppen 13—15), Halte- und Führungseinrichtungen an Bohrmaschinen für die Steingewinnung (Gruppe 16) sowie Abbaumaschinen (Gruppe 36).

An Hand der vorstehenden Ausführungen kann sich jeder Steinarbeiter über alle patentierten Neuerungen, die für ihn in Frage kommen, unterrichten. Ein vom Reichspatentamt besonders herausgegebenes „Stichwörterverzeichnis“ schließt sich eng an die Gruppeneinteilung an. Jedes Patent, welches für unseren Wirtschaftszweig in Frage kommt, ist an Hand eines Stichwörterverzeichnis sehr leicht zu finden. Die Spezialgebiete sind in derselben Reihenfolge aufgebaut. Es ist neuerdings ebenfalls ganz bedeutend erweitert worden, und zwar mußte mit Rücksicht auf die wesentliche Verfeinerung in der Unterteilung der Gruppeneinteilung die Zahl der Stichwörter ganz erheblich vermehrt werden. Es soll für jeden beliebigen Gegenstand der gewerblichen Technik die Auffindung derjenigen Klasse, Unterklasse und Gruppe erleichtert, unter welcher eine Bearbeitung im Reichspatentamt erfolgt. Setzt sich ferner die Bezeichnung eines Gegenstandes aus mehreren Wörtern zusammen, so ist der Gegenstand meist unter jedem dieser Wörter aufgeführt, eine Tatsache, die eine wesentliche Erleichterung für die Orientierung bedeutet. Erwähnt sei noch, daß sich das Reichspatentamt zur Zeit damit befaßt, über die einzelnen Spezialgebiete besondere Arbeiten zu veröffentlichen, die den derzeitigen Stand der Technik für dieses Spezialgebiet festhalten sollen. Es ist bekannt, wie ungemein schwierig es ist, einen vollständigen Überblick über alle einschlägigen Erzeugnisse und stetig wechselnden Neuerungen zu gewinnen. Diese Arbeit will das Reichspatentamt den interessierten Kreisen abnehmen und von sich aus geschlossene Darstellungen geben, eine Abhilfe, die auch von uns nur begrüßt werden kann. Wir werden zu gegebener Zeit hierauf zurückkommen.

Zunahme der Zuckerkrankheit

Die Zuckerkrankheit oder der Diabetes ist ein Leiden, das seinen sinnfälligsten Ausdruck in der mehr oder minder beträchtlichen Ausscheidung von Zucker im Harn findet; das ist allerdings vielfach auch das einzige, was der Laie von dieser Erkrankung weiß. Der Harnzucker ist jedoch nur ein Symptom dieser eigenartigen Krankheit, deren wesentlichstes Merkmal eine andauernde Erhöhung des Zuckergehaltes im Blut, des sogenannten Blutzuckerpiegels, ist. Auch das normale Blut enthält ständig geringe Spuren von Traubenzucker (Glykose, Dextrose), doch bleibt beim Gesunden der Blutzuckerpiegel, ohne Rücksicht auf die Ernährung, sehr konstant dank seiner Regulationsvorrichtungen im Organismus; eine wesentliche Bedeutung bei dieser Regulierung kommt der Leber und den Muskeln zu, die den überschüssigen, nicht zur Körperernährung notwendigen Zucker als Glykogen aufspeichern und immer nur so viel an das Blut abgeben, wie gerade zur Bildung von Wärme und Muskelkraft benötigt wird. Bei außergewöhnlich großer Zufuhr von Zucker tritt dieser aus dem Blut in den Harn über und wird mit diesem ausgeschieden. Eine solche rasch vorübergehende Zuckerabsonderung findet sich ferner, nur nur einige Beispiele zu nennen, auch ohne überreichlichen Zuckergenuß bei manchen schweren Vergiftungen (Kohlenoxydgas, Morphium, Quecksilber), weiterhin öfters bei akuten Infektionskrankheiten (z. B. Scharlach, Typhus, Diphtherie), bei ersten Störungen im Gebiete des Nervensystems (Gehirnerschütterung, Gehirnblutung, nach epiletischen Anfällen), auch bei der Basedowischen Krankheit. Der echte Diabetes nun, von dem gelegentlich die eben erwähnten Zuckerausscheidungen als Vorboten auftreten können, wird heute allgemein, nach der wichtigen Entdeckung der berühmten Kliniker Minkowski und v. Mering, im wesentlichen als eine Störung in der Tätigkeit der

Bauchspeicheldrüse, des Pankreas, aufgefaßt, nachdem die genannten Forscher gezeigt hatten, daß bei Hunden nach Entfernung des Pankreas ein schwerer Diabetes auftritt; hieraus leiteten sie die Folgerung ab, daß das Pankreas ein inneres Sekret, Hormon, liefert, das den Zuckerverwechsel reguliert. Die glänzendste Bestätigung dieser Annahme lieferte die im Jahre 1922 den amerikanischen Forschern Banting und Best gelangte Darstellung des Pankreashormons, des Insulins, das die Diabetesbehandlung auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat und vermöge dessen wir in der Lage sind, manchen schwer Zuckerkranken, der früher unrettbar verloren gewesen wäre, dem Leben zu erhalten.

Die Zuckerkrankheit ist nun zur Zeit im Zunehmen begriffen, und man hat vielfach zu der Ansicht geneigt, daß dieses vermehrte Auftreten in allen Kulturländern mit gesteigertem Zuckerverbrauch in Zusammenhang zu bringen sei. Auf Grund großer statistischen Materials hat nun der Berliner Kliniker Professor Dr. Leischke den überzeugenden Nachweis geführt, daß diese Annahme nicht zutreffen kann. Die Sterblichkeit infolge Diabetes ist nach dem Kriege überall gestiegen, unabhängig von der Größe des Zuckerkonsums, so in Preußen von 59 auf 153, auf eine Million Lebende berechnet, in England von 105 auf 142, in Amerika von 150 auf 190. Demnach hat bei uns die Sterblichkeit prozentual am meisten zugenommen, und das ist um so auffällender, als der Zuckerverbrauch in Deutschland nur eine geringfügige Veränderung erfahren hat. In den Vereinigten Staaten, wo die Sterblichkeit an Diabetes seit 1925 von 169 auf 190 gestiegen ist, hat sogar einmäßiger Rückgang des Zuckerverbrauchs stattgefunden. Während des Krieges verminderte sich die Diabetessterblichkeit stark, während der Zuckerverbrauch in den Jahren 1914 bis 1916 zunahm und in den Jahren 1917 und 1918 nicht unter das Niveau vor dem Kriege sank. Der Zuckerverbrauch des einzelnen beträgt bei uns für

den Kopf der Bevölkerung nicht mehr als 12 bis 15 kg. Eine auffällige Zunahme der Sterblichkeit infolge Zuckerkrankheit ist beim weiblichen Geschlecht zu konstatieren, während noch vor zehn Jahren die Zahl von Todesfällen männlicher Diabetiker weit überwog. Die Todesfälle betreffen zwar hauptsächlich das höhere Lebensalter, doch genügt diese Tatsache nicht zur Erklärung, da ja überhaupt die Menschen jetzt durchschnittlich älter werden als früher und in den letzten Jahrzehnten der Anteil der alten Leute an der Gesamtbevölkerung in dauernder Zunahme begriffen ist.

Welche Umstände sind nun eigentlich für die größere Häufigkeit der Zuckerkrankheit verantwortlich zu machen? Eine vermehrte Zuckerkonsum kommt sicher nicht in Frage, und so dürfen wir mit dem Berliner Forscher als höchstwahrscheinlich annehmen, daß es die gegen die Vorkriegszeit gänzlich veränderten Lebensbedingungen sind, an „erster Stelle die beruflichen und wirtschaftlichen Sorgen und Aufregungen, also gerade diejenigen Erschütterungen des vegetativen Nervensystems, denen wir einen besonders starken Einfluß, wenn nicht auf die Entstehung, so doch sicherlich auf den Verlauf der Zuckerkrankheit zusprechen müssen“. Wir wissen, daß beim Diabetes die erbliche Veranlagung eine Rolle spielt, da nicht selten in mehreren Geschlechtsfolgen derselben Familie oder bei Geschwistern das Leiden beobachtet wurde, wir wissen auch, daß erbliche Disposition zu den verschiedensten nervösen Erkrankungen der Zuckerkrankheit den Boden ebnet, und was die eben erwähnten seelischen Momente anlangt (Sorge, Gemütsregungen, geistige Überanstrengung), so sind einwandfrei bisweilen die ersten Zeichen des Diabetes im Anschluß an starke seelische Erregungen festgestellt worden. Das vermehrte Auftreten gerade beim weiblichen Geschlecht begründet der mehrfach erwähnte Kliniker sehr überzeugenderweise damit, daß „in der Vorkriegszeit ein großer Teil der Frauen entweder im Schutze der Familie oder in einer geschützten Berufstätig-

keit ein sehr viel sorgenfreieres Leben führte als heute. Schon mit dem Kriege kam der erste Umschwung, und man darf nicht glauben, daß die damals durchgemachten Aufregungen ohne Einfluß geblieben sind, weil sie sich in den Kriegsjahren selbst noch nicht ausgewirkt haben. . . . Auch mit der erhöhten Diabetessterblichkeit bezahlen wir nicht das jetzige, sondern das seit vielen Jahren fortgesetzte und angehäufte Defizit an leiblicher und seelischer Gesundheit“.

Interessant ist endlich noch die Feststellung, daß auf dem Lande die Diabetessterblichkeit zwar auch gestiegen ist, aber weit hinter der der Städte zurückbleibt. So kamen z. B. in Amerika 1928 auf eine Million Lebender in den städtischen Bezirken 243, in den ländlichen dagegen nur 172 Todesfälle infolge Zuckerkrankheit; es hängt das zweifellos hauptsächlich damit zusammen, daß der Landbewohner im Durchschnitt eine widerstandsfähigere Konstitution besitzt und daß er Erschütterungen des Nervensystems doch wohl weniger ausgeht als der Städter.

Die Zunahme der Zuckerkrankheit, vor allem aber die vermehrte Sterblichkeit, lassen es als eine Notwendigkeit erscheinen, jeder Erkrankung an Diabetes die größte Aufmerksamkeit zu widmen, und jeder Diabetiker sollte sich einer langdauernden ärztlichen Kontrolle unterwerfen. Das Wichtigste bleibt neben genauerer Regelung der Lebensweise des Kranken die Diät, die sich natürlich nur auf Grund fortlaufender Untersuchung des Harn- und vielfach auch des Blutzuckers festsetzen läßt. Oft wird man ohne Insulin zum Ziele kommen, in schwereren Fällen läßt es sich nicht entbehren, und oft genug ist dieses Mittel der Lebensretter. Nicht ganz überflüssig erscheint die Warnung an den Zuckerkranken, sich korpulenter Behandlung anzuvertrauen; es steht hier doch zu viel auf dem Spiele. Die sachgemäße Behandlung eines Zuckerkranken erfordert immer das Können eines erfahrenen Arztes.

Dr. G. R.

Abrechnung der Hauptkasse und Lokalkassen vom Jahre 1932

Einnahmen	Ausgaben		für die Hauptkasse R.M.	für die Lokalkassen R.M.
	für die Hauptkasse R.M.	für die Lokalkassen R.M.		
An Eintrittsgeld	1 534,90	—	Für Gauleitungen und Agitation	123 418,52
„ Beitragsmarken	260 208,—	—	„ Bezirksleitungen und Agitation	98 988,58
„ Erwerbslosenmarken	81 881,50	—	„ Agitation des Verbandsvorstandes und der Zahlstellen	9 470,56
„ Beiträge zur Invalidenunterstützung	120 282,40	—	„ Verwaltungszuschuß für die Zahlstellen	40 940,75
„ Lokalbeiträge	—	64 690,20	„ Lohnverhandlung durch den Verbandsvorstand	1 954,15
„ Lokalzuschläge	—	28 985,03	„ Tarifamtssitzungen und -verhandlungen	—
„ geliefertes Material	2 476,95	—	„ Bezirks- und Landestarife	8 067,55
„ Abonnements und Inseraten	2 319,35	—	„ Streikunterstützung	47 733,54
„ Zinsen	78 094,02	—	„ Gemahregelunterstützung	8 643,30
„ sonstige Einnahmen	24 480,49	96 633,31	„ Umzugsunterstützung	300,—
„ Ausgleich	5 438,49	9 699,39	„ Erwerbslosenunterstützung am Ort	98 172,61
Gesamteinnahmen	576 716,10	200 007,93	„ Erwerbslosenunterstützung auf der Reise	222,05
			„ Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit	20 697,80
			„ Notfallunterstützung	6 627,—
			„ Invalidenunterstützung	213 833,—
			„ Sterbeunterstützung	16 838,25
			„ Rechtschluß	9 521,30
			„ Verbandszeitung	77 636,35
			„ Bücher, Zeitschriften und Zeitungen	987,32
			„ Kulturbeitrag — Unterrichtskurse	258,—
			„ Konferenzen und Delegationen	1 263,—
			„ Bundesbeitrag	9 661,70
			„ Internationales Sekretariat	500,—
			„ Verwaltungskosten (persönliche)	75 369,34
			„ Verwaltungskosten (sachliche)	32 676,87
			„ Beiträge an Ortsausschüsse und Kartelle	—
			„ Beiträge an Gau- und Bezirksleitungen	—
			„ sonstige Ausgaben	25 296,78
			„ Ausgleich der à-conto-Zahlungen	9 699,39
			Gesamtausgaben	938 777,71

Abchluß:

Hauptkasse	Lokalkassen
Gesamteinnahmen 576 716,10	Gesamteinnahmen 200 007,93
Gesamtausgaben 938 777,71	Gesamtausgaben 277 650,24
Mehrausgaben 362 061,61	Mehrausgaben 77 642,31

gez.: Ludwig Geist, Kassierer.

Geprüft und für richtig befunden
Leipzig, den 16. Februar 1933.
Die Revisoren: gez.: Max Scholich, Fritz Przibilla.
Für den Verbandsauschuß gez.: Josef Elfner.

Abrechnung der Hauptkasse und Lokalkassen vom 4. Quartal 1932

Einnahmen	Ausgaben		für die Hauptkasse R.M.	für die Lokalkassen R.M.
	für die Hauptkasse R.M.	für die Lokalkassen R.M.		
An Eintrittsgeld	488,70	—	Für Gauleitungen und Agitation	28 415,07
„ Beitragsmarken	80 973,80	—	„ Bezirksleitungen und Agitation	23 216,65
„ Erwerbslosenmarken	19 034,20	—	„ Agitation des Verbandsvorstandes und der Zahlstellen	2 591,76
„ Erwerbslosenmarken (Nachtrag vom 1. Quartal 1932)	36,—	—	„ Verwaltungszuschuß für die Zahlstellen	9 517,10
„ Beiträge zur Invalidenunterstützung	32 030,—	—	„ Lohnverhandlung durch den Verbandsvorstand	632,15
„ Lokalbeiträge	—	20 195,20	„ Tarifamtssitzungen und -verhandlungen	—
„ Lokalzuschläge	—	9 220,56	„ Bezirks- und Landestarife	1 019,46
„ geliefertes Material	1 494,15	—	„ Streikunterstützung	9 109,90
„ Abonnements und Inseraten	545,74	—	„ Gemahregelunterstützung	3 972,90
„ Zinsen	18 157,32	—	„ Umzugsunterstützung	—
„ sonstigen Einnahmen	5 540,87	17 923,08	„ Erwerbslosenunterstützung am Ort	20 665,55
„ Ausgleich der à-conto-Zahlungen	5 438,49	8 103,43	„ Erwerbslosenunterstützung auf der Reise	47,40
Gesamteinnahmen	163 739,27	55 442,27	„ Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit	3 092,20
			„ Notfallunterstützung	1 892,—
			„ Invalidenunterstützung	43 971,—
			„ Sterbeunterstützung	3 787,50
			„ Rechtschluß	2 408,25
			„ Verbandszeitung	17 110,36
			„ Bücher, Zeitschriften und Zeitungen	227,18
			„ Kulturbeitrag — Unterrichtskurse	146,—
			„ Konferenzen und Delegationen	459,60
			„ Bundesbeitrag	1 792,20
			„ Internationales Sekretariat	—
			„ Verwaltungskosten (persönliche)	15 576,78
			„ Verwaltungskosten (sachliche)	9 473,75
			„ Beiträge an Ortsausschüsse und Kartelle	—
			„ Beiträge an Gau- und Bezirksleitungen	—
			„ sonstige Ausgaben	5 778,22
			„ Ausgleich	8 103,43
			Gesamtausgaben	213 006,41

Abchluß:

Hauptkasse	Lokalkassen
Gesamteinnahmen 163 739,27	Gesamteinnahmen 55 442,27
Gesamtausgaben 213 006,41	Gesamtausgaben 71 920,58
Mehrausgaben 49 267,14	Mehrausgaben 16 478,31

gez.: Ludwig Geist, Kassierer.

Geprüft und für richtig befunden
Leipzig, den 16. Februar 1933.
Die Revisoren: gez.: Max Scholich, Fritz Przibilla.
Für den Verbandsauschuß gez.: Josef Elfner.

Gesellenausschüsse und Festsetzung der Lehrlingsentgelte

Infolge Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ist es den Gewerkschaften gegenwärtig weniger als früher möglich, Lehrlingsentgelte in den Tarifverträgen zu regeln. Dazu kommt noch der ununterbrochene Widerstand der sämtlichen Innungen und Handwerkskammern gegen die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens. Zusammenfassend ergibt sich hieraus, daß die Mehrzahl der Lehrverträge inhaltlich durch die Lehrherren in Verbindung mit Innungen und Handwerkskammern unmittelbar bestimmt wird. Soweit Handwerkskammern und Innungen Bestimmungen über die Regelung des Lehrlingswesens einschließlich der Höhe des Lehrlingsentgeltes erlassen, kommen vor allen Dingen folgende Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung in Betracht: § 93, Absatz 2, Nummer 5, § 103 g, Absatz 3, Nummer 4, § 103 k, Absatz 1, Nummer 1, § 103 g, Absatz 4, § 95, Absatz 4, § 100 p.

Unter Zugrundelegung dieser Bestimmungen ist die Rechtslage bezüglich der Festsetzung der Lehrlingsentgelte durch Handwerkskammern und Innungen unter Mitwirkung der Gesellenausschüsse folgende:

Die Beteiligung des Gesellenausschusses besteht bei der Handwerkskammer nach § 103 k, Absatz 1, Nummer 1 RGO. in der „Mitwirkung“, d. h. die Gesellenausschüßmitglieder haben in der Vollversammlung der Handwerkskammer über die Richtlinien mit abzustimmen. Werden sie überstimmt, so gibt es dagegen kein Mittel. Lediglich bei Genehmigung des Beschlusses nach § 103 g, Absatz 4 RGO. wird die Landeszentralbehörde der ablehnenden Haltung des Gesellenausschusses Rechnung zu tragen haben.

Bei den Innungen haben die Gesellenausschüsse dagegen ein weiter gehendes Mitwirkungsrecht. Sie müssen der „Ausführung“ des Innungsbeschlusses zustimmen, § 95, Absatz 4 RGO. Die Ausführung besteht bei den Richtlinien darin, daß sie an die Innungsmitglieder bekanntzugeben werden, womit zugleich die Befolgung der Sätze empfohlen wird. Wird die Zustimmung verweigert, so kann die Aufsichtsbehörde sie ergänzen. Dagegen ist binnen vier Wochen die Beschwerde gegeben. Außerdem ist bei Innungen die Genehmigung des Beschlusses durch die höhere Verwaltungsbehörde erforderlich, § 100 p RGO. Die von den Innungen erlassenen Vorschriften sind indessen subsidiär, d. h. sie gelten nur, soweit die Handelskammer keine Vorschriften oder Richtlinien erlassen hat. Die meisten Handwerks-

kammern haben selbst Richtlinien über Lehrlingsvergütungen beschlossen.

Gegen die Nichtbeachtung ihres Mitwirkungsrechts haben die Gesellenausschüsse in jedem Falle die Aufsichtsbehörde: wenn sie sich gegen Maßnahmen der Handwerkskammer richtet, in Preußen an den Minister für Wirtschaft und Arbeit, wenn sie sich gegen Innungen richtet, an die Innungsaufsichtsbehörde, das ist an den Landrat oder den Magistrat in Städten. Die Behörden müssen Richtlinien, die ohne Mitwirkung des Gesellenausschusses zustande gekommen sind, für ungültig erklären; ihnen die Genehmigung versagen und die Veröffentlichung verbieten.

Nach vollkommen einmütiger, von keiner Seite mehr bestrittener Ansicht haben die Richtlinien der Handwerkskammer und Innungen, soweit sie die Lehrlingsentgelte betreffen, nur eine rechtliche Wirkung im Verhältnis von Innungen zu Innungsmitgliedern, nicht aber im Verhältnis von Innungsmitgliedern (Lehrherren) zu deren Lehrlingen. Durch die Richtlinien der Handwerkskammer und Innungen wird also der Inhalt der Lehrverträge nicht unmittelbar bestimmt. Es ist dazu noch die besondere Übernahme der Richtlinien in die Lehrverträge selbst notwendig. Das geschieht gegenwärtig in der großen Mehrzahl der Fälle in der Weise, daß die Lehrverträge eine Bestimmung enthalten, wonach sich die Höhe der Kostgeldsätze (des Lehrlingsentgeltes) nach den Beschlüssen der Handwerkskammer oder der Innung richten soll. Auf diese Weise erlangen die Richtlinien der Handwerkskammer und Innungen unmittelbare rechtliche Bedeutung für die Lehrverträge selbst.

Das Reichsarbeitsgericht hatte am 23. November 1932 (Aktenzeichen RAG. 317/32) und am 30. November 1932 (Aktenzeichen RAG. 338/32) zwei sehr interessante Streitfälle zu entscheiden. Es handelte sich auch hier um Lehrverträge mit der Bestimmung, daß sich die Höhe des Lehrlingsentgeltes nach den Beschlüssen der Innungen richten soll. In beiden Streitfällen hat das Reichsarbeitsgericht nicht grundsätzlich zu der Bedeutung der Mitwirkung des Gesellenausschusses der Handwerkskammer und der Innungen bei der Festsetzung der Höhe der Lehrlingsentgelte Stellung genommen. Vielmehr hat das Reichsarbeitsgericht die Hinweise in den Lehrverträgen als rein privatrechtliche Vereinbarung angesehen, bei der es nur auf einen Zahlungsmäßigen Beschluß der Innung ankäme, nicht aber auf die

Bestimmungen der RGO. Die eine Innungssatzung enthielt nun über die Mitwirkung des Gesellenausschusses keine Bestimmungen, die andere Innungssatzung dagegen enthielt eine Bestimmung folgenden Wortlautes:

„Zur Beratung und Beschlußfassung der Innungssatzung für die Regelung des Lehrlingswesens und über die Gesellenprüfung sind sämtliche Mitglieder des Gesellenausschusses einzuladen und mit vollem Stimmrecht zuzulassen. Die Ausführung von Beschlüssen der Innungssatzung in diesen Angelegenheiten darf nur mit Zustimmung des Gesellenausschusses erfolgen; wird die Zustimmung verweigert, so kann sie durch die Aufsichtsbehörde ergänzt werden.“

Im ersten Falle hatte einfach der Vorstand der Innung einen Abbau der Lehrlingsentgelte vorgenommen. Erst einige Monate später schloß sich die Innungssatzung diesem Beschluß an. Der Klage der Lehrlinge wurde bis zum Tage des Beschlusses der Innungssatzung stattgegeben, weil der Vorstand der Innung kein Recht zur Festsetzung der Lehrlingsentgelte gehabt habe und weil eine Rückwirkung des Beschlusses der Innungssatzung rechtlich nicht möglich sei.

Im zweiten Falle war ohne Beachtung der vorstehend wiedergegebenen Satzungsbestimmung durch die Innungssatzung ohne Hinzuziehung des Gesellenausschusses der Abbau der Lehrlingsentgelte vorgenommen worden. Der Klage der Lehrlinge wurde mit der Begründung stattgegeben, daß der Beschluß der Innungssatzung nicht ordnungsmäßig gewesen sei. In beiden Streitfällen obsiegten die Lehrlinge teilweise bzw. ganz, weil bei der Beschlußfassung der Innungen über die Lehrlingsentgelte Satzungsverstöße vorgekommen sind. Das Reichsarbeitsgericht erkannte also den wichtigen Grundsatz an, daß eine Bezugnahme im Lehrvertrag auf die Beschlüsse der Handwerkskammer oder der Innungen bezüglich der Höhe der Lehrlingsentgelte voraussetze, daß diese Beschlüsse satzungsgemäß zustande gekommen sein müssen.

Aufgabe der Gesellenausschüsse ist es nunmehr, noch mehr als bisher darauf zu dringen, daß die Lehrlingsentgelte nur unter geselliger Mitwirkung der Gesellenausschüsse, wie eingangs dargestellt, von Handwerkskammern und Innungen bestimmt werden. Zweckmäßig ist es, daß die Gesellenausschüsse auch ihrerseits darauf dringen, daß in die Handwerkskammer- oder die Innungssatzungen ebenfalls entsprechende Bestimmun-

gen ähnlich dem vorstehend wiedergegebenen Wortlaut der Einfachheit und Klarheit wegen aufgenommen werden. Wo sich Handwerkskammern oder Innungen diesem Verlangen der Gesellenausschüsse entgegenstellen, wäre Aufsichtsbeschwerde zu erheben. Die Gewerkschaften ihrerseits tun gut daran, nicht nur die Gesellenausschüsse aufzuklären, sondern auch überall da, wo keine Beschlüsse der Handwerkskammern und Innungen nach den Vorschriften der Reichsgewerbeordnung vorliegen, wegen der Lehrlingsentgelte für die Lehrlinge den Klageweg zu beschreiten.

Rundschau

Fortschritte bei der Volksfürsorge. Der Neuzugang an Versicherungsanträgen und die Wiederinkraftsetzung erloschener Versicherungen macht bei der Volksfürsorge weitere Fortschritte. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden von den 130 Rechnungsstellen in Deutschland insgesamt 51 041 Anträge eingereicht. Die beantragte Versicherungssumme beläuft sich auf 16 490 050 RM. Besonders erfreulich ist die Wiederinkraftsetzung von 21 999 erloschenen Versicherungen in der gleichen Zeit. Nichts kann das Volksfürsorge entgegengebrachte Vertrauen besser beweisen, als diese lebhafteste Inanspruchnahme aus allen Kreisen der Bevölkerung.

Briefkasten

M. 1. Unter „Politischer Preis“ meint man die Güterpreise, die durch politische Maßnahmen wie Zölle, Steuern, Beiträge und Abgaben in ihrer Höhe bestimmt werden.

2. Ein „Wechsel“ ist eine in vorgeschriebener Form ausgestellte Urkunde, in der der Aussteller schriftlich die Zahlung einer bestimmten Geldsumme verspricht oder einen anderen anweist, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Der Wechsel ist ein kurzfristiges Zahlungsversprechen. Die Zivilprozessordnung sieht für Klagen aus Wechseln ein besonderes Verfahren vor.

Mohr. Enklave ist ein von fremdem Staatsgebiet eingeschlossener Gebietsteil. Der eigene Staat nennt ihn Enklave, weil er von seinem zusammenhängenden Staatsgebiet ausgeschlossen ist. In Mitteldeutschland noch häufig.

Adressenänderungen

- Gau: Sagan: Vorf. und Kass.: Paul Dittreich, Rochusweg 12.
- Gau: Vöhringen = Sangerhausen: Kass.: Paul Gille, Sangerhausen, Hospitalstr. 34.
- Gau: Geden: Vorf.: Karl Krause, Schloßberg.
- Gau: Nienburg (Weser): Vorf.: Aug. Junger, Leinstr. 9. Kass.: Friedr. Thieß, Mindener Str. 20.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Der „Steinarbeiter“ erscheint fernertag nur 14 tiglich! Die Vorstände, Funktionäre und Zeitungsverteiler mögen dies zur Kenntnis nehmen.

Die Schriftleitung.
Der komm. Leiter: Ludwig Ulrich.

An die Verbandsmitglieder!

Werte Kollegen!
In allen Orten des Reiches ist die Gleichschaltung der Gewerkschaften im Laufe der letzten Woche erfolgt. Unser Zentralbüro steht unter Leitung des Beauftragten der NSD., Herrn E. Ulrich.

Die Geschäfte des Verbandes sind nicht unterbrochen und werden auch im vollen Umfange weitergeführt. Insbesondere werden die Rechte der Kollegen voll und ganz erfüllt. Wir richten deshalb an alle Mitglieder den dringenden Aufruf, durch pünktliche Beitragszahlung sich ihre erworbenen Rechte in der Organisation zu erhalten und durch rege Aufklärungsarbeit neue Mitglieder für den Verband zu werben. Die Reichsregierung will die berufsständigen Organisationen nicht nur erhalten, sondern sie stärken und ausbauen. Das setzt voraus, daß sich auch die Unorganisierten der großen Front anschließen und mitwirken an dem großen Gedanken der Einheit zum Wohle der Berufsangehörigen, als des gesamten deutschen Volkes.

Jeder Funktionär muß daher nach wie vor seine volle Kraft in den Dienst des Verbandes stellen. Passives Verhalten darf nicht geübt werden. Wo sich Hindernisse für die reibungslose Abwicklung der Verbandsgeschäfte einstellen, muß unserer Zentrale sofort wahrheitsgemäß Mitteilung gemacht werden, damit erforderlichenfalls von hier aus das weitere veranlaßt werden kann.

Der komm. Leiter. Der Verbandsvorstand.

Anzeigen

Pilasterhämmer

aus bestem Schweißstahl
Rahmen, Brechstangen
und sämtl. Werkzeuge für
den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin
N 31, Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle

für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Beizugkollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes**, Berlin 5 14, Inselstraße 6a. Man wende sich deshalb im Bedarfsfälle vertrauensvoll an die genannte Adresse

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Striegau-Häselich. Am 25. April der Steinbrecher Oswald Münzberger, 34 Jahre alt, Freitod.
Berlin. Am 28. April der Schleifer Guido Doria, 58 Jahre alt, Speiseröhrenkrebs.
Srehlen i. Schl. Am 30. April der Schiefmeister Wilhelm Sonnabend, 75 Jahre alt.
Gsteinach. Am 27. April der Steinmetz Kauer Ralbeck, 46 Jahre alt, Lungen- und Kehlkopf- und Brustkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Der kommissarische Leiter: Ludwig Ulrich, Verlag: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, beide in Leipzig. Druck: Hugo Günther & Co., Leipzig. D 5